

09.01.2019

Kleine Anfrage 1875

der Abgeordneten Anja Butschkau und Sonja Bongers SPD

Entlastung von Justiz und Polizei durch Reduzierung von Ersatzfreiheitsstrafen

Im März 2018 wurde im Rechtsausschuss über die Möglichkeit der Straffreiheit für sog. Schwarzfahrer diskutiert. Dabei war unter anderem auch der Beschluss des Landtags NRW vom 11.10.2017 (Drucksache 17/883) Thema. Hierin wurde die Landesregierung beauftragt, Vorschläge zu unterbreiten, in welchen Bereichen Polizei und Justiz zukünftig entlastet werden können. Eine Entlastung von Polizei und Justiz ist in NRW dringend notwendig. Um dies auch in die Praxis umzusetzen, wäre das Herabstufen des „Schwarzfahrens“ und damit des Straftatbestands des Erschleichens von Leistungen gemäß § 265a StGB zu einer Ordnungswidrigkeit, ein solcher Entlastungsbeitrag.

Nach Vorbild des Projektes „Schwitzen statt Sitzen“ kann anstatt von Ersatzfreiheitsstrafen gemeinnützige Arbeit betrieben werden. Und für einen Schwarzfahrer, der nach mehrmaliger Verurteilung seine Geldstrafe nicht zahlen kann, ist die Auflage einer gemeinnützigen Arbeit genau das Richtige. Alternativ wäre auch die Anlegung einer elektronischen Fußfessel eine Möglichkeit. Bei beiden Alternativen werden Haftanstalten stark entlastet und die nicht geringen Haftkosten für inhaftierte Schwarzfahrerinnen und -fahrer – ca. 140 Euro pro Person pro Tag – entfallen. Zudem werden auch die mit der Verfolgung und Ahndung betrauten Institutionen (Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte) entlastet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Bis wann ist mit ersten Vorschlägen der Landesregierung bezüglich der Entlastung von Polizei und Justiz zu rechnen?
2. Wie sehen die Ergebnisse der Gespräche mit den Ressortkolleginnen und -kollegen der anderen Bundesländer aus?
3. Wie sehen die Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter dem gemeinsamen Vorsitz von Brandenburg und NRW aus?
4. Denkt die Landesregierung über gemeinnützige Arbeit als Alternative zu Ersatzfreiheitsstrafen nach?

Datum des Originals: 08.01.2019/Ausgegeben: 09.01.2019

5. Denkt die Landesregierung über elektronische Fußfesseln als Alternative zu Ersatzfreiheitsstrafen nach?

Anja Butschkau
Sonja Bongers